

Bezugspreis:
Besitzbesitzer, 10.-Mk. monatlich, 10.-Mk.
frei ins Haus, voraus zahlbar.
Besitzbesitzer, 10.-Mk. monatlich, 10.-Mk.
frei ins Haus, voraus zahlbar.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die nachgehaltene Konkurrenzpreisliste
besteht aus 2. Preisverzeichnissen 1919/20.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Mittwoch, den 5. Januar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Schwere Blutopfer in Flensburg.

Miel, 5. Januar 1921. (Eigener Drahtbericht des
„Vorwärts“.) Anlässlich der Beerdigung des von der Schutz-
polizei erschossenen Kommunisten Erich Hoffmann ist es
am Dienstag abend, gegen 10 Uhr, in Flensburg zu einer
Demonstration gekommen, bei der, wie bisher bekannt,
neun Tote und 22 Verwundete zu beklagen sind.

Am 4. Januar 1921 haben bei der Beerdigung des am
29. Dezember anlässlich seiner Festnahme erschossenen Monteurs
Hoffmann in Flensburg die Kommunisten, darunter
aus Hamburg herbeigeleitete Führer, am Grabe aufstehende Reden
gehalten, durch welche die Menge aufgefordert wurde, gegen die
Schutzpolizei vorzugehen. Flugblätter des gleichen Inhalts
sind unter die Teilnehmer an der Beerdigung verbreitet worden.

Gewalt bemächtigt. Hier wurden von führenden Kommunisten er-
neut Reden gehalten und die Menge aufgefordert, die Schutz-
polizei auseinander zu jagen. „Es müsse noch Blut fließen.“
Etwa 200-300 Demonstranten zogen nunmehr, gegen 12 Uhr
abends, erneut vor die Kaserne. Diesen schloß sich eine große
Menge Neugieriger an, um von weitem die Vorgänge zu beob-
achten. Die drinnen postierten Beamten der Schutzpolizei wurden
nunmehr in die Kaserne zurückgezogen. Die Demonstranten
drückten das Straßentor ein und stürmten auf das innere Kasernen-
tor. Daraufhin rückte die Schutzpolizei nach Abgabe von
Schreckschüssen wieder bis zum Straßentor vor und verschloß
dieses. Erneut stürmte die Menge gegen das Straßentor an, wo-
bei aus ihrer Mitte eine Reihe von Schüssen fiel. Darauf
rückte die Schutzpolizei wieder vor, um die Kaserne zu verteidigen.

Burzweil herrscht in Flensburg Ruhe. Die Sozial-
demokratische Partei hat nach in der Nacht ein
Flugblatt herausgegeben, in dem sie energisch von den
Demonstranten abrückt, die Verhaftung der Auf-
wiegler fordert und an die Arbeiter die Aufforderung
richtet, heute früh in die Betriebe zu gehen. Dieser Auf-
forderung haben die Arbeiter restlos entsprochen. Sämtliche
Betriebe sind in Flensburg in vollem Gange. Die
Polizei ist soweit verstärkt, daß zu Befürchtungen weiterer Un-
ruhen kein Anlaß vorliegt.

Italien am Jahresende.

D. L. Rom, Ende Dezember 1920.

Auch für Italien ist das Jahr 1920 kein Friedensbringer
gewesen. Sorgen um die materielle Existenz, tiefe Verfallen-
heit im Innern, Unsicherheit über die äußeren Grenzen
standen am Jahresanfang, und wir finden sie alle am Jahres-
ausgang wieder. Das Jahr hat viel Mühsal gebracht, aber
wenig Lösungen.

Die Frage der äußeren Grenzen, die Fiume, der
Adria und die ganze dalmatinische Frage sollte durch den
Vertrag von Rapallo ihre Lösung gefunden haben. Keine
ideale Lösung, da sie 300 000 Slawen unter italienische Herr-
schaft brachte und rein italienische Küstenstriche und Inseln
den Slawen lassen mußte, aber immerhin eine Lösung, die
Italiens strategische Interessen an den Nordküsten der Adria
sicherstellte, Fiume seine Selbständigkeit und gemeinsame
Grenzen mit Italien gab und für Italien wie für
Jugoslawien ein geringeres Uebel darstellte als der ewige
Kriegszustand. Aber selbst dieses „geringere Uebel“ hat
das so geizige Jahr dem Lande nicht gegönnt. Menschen mit
Abenteurertemperament und ohne Verantwortungsgesühl, die
das Menschenleben nicht höher anschlagen, als Sachsgüter,
die D'Annunzio, De Ambrì und wie sie sonst heißen,
haben es darauf angelegt, die Fiumeangelegenheit mit einem
blutigen Possenspiel abzuschließen. Daher haben sie Gebiete
besetzt, wie Arbe und Veglia, die Italien, dem Vertrage
von Rapallo gemäß, den Jugoslawen abliefern muß. Solange
die Legionäre d'Annunzios es ablehnten, das Gebiet zu
räumen, das der Vertrag von Rapallo dem Freistaat Fiume
zurück war das ihre Sache und hätte Italien nicht zum
Eingreifen gezwungen. Ganz anders aber ist die Befestigung
von jugoslawischem Gebiet aufzufassen, gegen die Italien nun-
mehr durch die Blockade vorgeht, weil es, den Verbündeten
gegenüber, die Verpfändung der Durchführung des Vertrages
hat. So steht man am Vorabend eines Nachtrages zum
Vertrag in kleinstem Maßstabe, der aber Blutvergießen und
neue Not über Italiener und Slawen in Dalmatien bringen
wird.

Auch die materiellen Sorgen, die das Jahr 1920
für Italien eingeleitet haben, begleiten es drohend in das
neue Jahr hinüber. Zerrüttung der Staatsfinanzen, tiefe
Depression des Außenhandels und als Folge Schwierigkeit
des auswärtigen Kredits, dessen ein Land wie Italien schon
allein für seine Volksernährung nicht entzaten kann. Aus
dem jüngst der Kammer bei der Diskussion des Budget-
projekts vorgelegten Finanzprojekts geht hervor, daß
Italien im laufenden Verwaltungsjahr einen Ueberschuß der
Einnahmen über die Ausgaben von 13 Milliarden hat, im
Vorjahre einen solchen von 14,8 Milliarden. Das Defizit
eines einzigen Jahres beträgt also so viel wie die gesamte
Vorkriegsschuld des italienischen Staates betragen hat, die
13,4 Milliarden ausmachte. Heute beläuft sich die gesamte
Staatschuld auf 98,7 Milliarden Lire, von denen 20 Milliarden
auswärtige Schulden sind. Der Vorschlag des Staats-
haushaltes für das Jahr 1921/22 rechnet mit einem Aus-
gabenbeitrag von 24,5 Milliarden, von denen allerdings be-
nahe 10 Milliarden als Kriegsausgaben anzusehen sind,
womit aber nicht gesagt ist, daß sie einen provisorischen
Charakter hätten. Viele, wie die Rentenzahlungen an die
Kriegsinvaliden und Hinterbliebenen werden uns noch auf
manches Jahrzehnt hinaus begleiten. Das Defizit für das
Jahr 1921/22 beträgt 9,8 Milliarden, aber 3 1/2 Milliarden der
im Vorschlag angelegten Einnahmen sind eigentliche Kriegse-
innahmen, Raten von Wiedergutmachungszahlungen, Aus-
bergütungen und Ertrag aus dem Verkauf von Kriegs-
material.

Auch die Handelsbilanz weist ein ungeheures
Defizit auf, das man auf 8 Milliarden schätzt. Schon in der
Vorkriegszeit hat Italien immer für einen größeren Geld-
wert Waren eingeführt als es auszuführen imstande war.
Der jährliche Fehlbetrag belief sich damals auf etwas über
eine Milliarde. Wenn trotzdem in dem letzten Jahrzehnt
vor dem Kriege die italienische Wäre a la pari stand und der
Goldagio verschwunden oder beinahe verschwunden war, so lag
das daran, daß der Fehlbetrag der Handelsbilanz durch das
von den Fremden in Italien gelassene Geld und durch die
Ersparnisse der Auswanderer gedeckt wurde. Beide Quellen
verlegten natürlich während des Krieges, und es ist keines-
wegs wünschenswert für das Gedeihen des Landes, daß sie
je wieder die Bedeutung erlangen, die sie vor dem Kriege
hatten. Es kann nicht der geschichtliche Verfall eines Landes
sein, die Denkmäler seiner Vergangenheit als Sehenswürdig-
keit zur Schau zu stellen und seine Handelsbilanz dadurch
auszugleichen, daß es gesunde junge Arbeitskräfte auf den
Weltmarkt wirft, um frange und verbrauchte Menschen zurück-
zuhalten. Wie will man aber den Fehlbetrag decken?
Italien braucht Lebensmittel, namentlich Getreide aus dem
Auslande. Vor dem Kriege führte es als Gegenwert Lebens-
mittel aus, bis zur Deckung von 90 Proz. des eingeführten
Wertes. Auch diese Ausfuhr ist durch den Krieg so stark

Die oberschlesische Abstimmung.

Beuthen, 5. Januar. (WZ.) Das nunmehr veröffentlichte
Abstimmungsreglement für Oberschlesien ist von Gene-
ral Le Rond als Vertreter Frankreichs, de Martini als Ver-
treter Italiens und Percival als Vertreter Großbritanniens
unterzeichnet.

Danach ist zur Teilnahme an der Abstimmung jede Person
ohne Unterschied des Geschlechtes berechtigt, die am 1. Januar 1921
das 20. Lebensjahr vollendet hat und in dem Gebiet, in dem die
Wahlbestimmung stattfindet, geboren ist, oder

seit dem 1. Januar 1904

oder früher den Wohnsitz im Abstimmungsbezirk hat oder, wie es in
dem Reglement heißt, von der Deutschen Regierung aus-
gewiesen ist. Geisteskranke oder entmündigte Personen
sind vom Stimmrecht ausgeschlossen.

Die Stimmberechtigten werden in folgende vier Kategorien
eingeteilt:

- a) in Oberschlesien Geborene und in diesem Gebiet
Wohnende,
b) in Oberschlesien Geborene, aber hier nicht
Wohnende,
c) außerhalb Oberschlesiens Geborene, die
seit 1904 oder seit einem früheren Zeitpunkt in diesem Gebiete
wohnen,
d) außerhalb Oberschlesiens Wohnende, die im
Abstimmungsgebiet am 1. Januar 1904 ihren Wohnsitz hatten,
diesen aber infolge Ausweisung durch die deutsche Behörde nicht
beibehalten haben.

Jeder stimmt in der Gemeinde ab, in der er am 1. Janu-
ar 1920 seinen Wohnsitz hatte oder, wenn er nicht in Ober-
schlesien wohnt, in der Gemeinde, in der er geboren ist, die Aus-
gewiesenen in der Gemeinde, in der sie ihren Wohnsitz hatten. Das
Abstimmungsergebnis wird gemeindeweise nach der
Stimmenmehrheit in jeder Gemeinde festgestellt. Hierfür bildet
jede Gemeinde einen Wahlbezirk.

Artikel 8 des Reglements regelt die Abstimmung in Guts-
bezirken. Die Gutsbezirke, deren Bevölkerung weniger als
101 Einwohner zählen, bilden keine Wahlbezirke für
sich, sondern werden Nachbargemeinden angegliedert. Die Guts-
bezirke, deren Bevölkerung mehr als 100 und weniger als
501 Einwohner zählt, bilden Wahlbezirke für sich. Sie be-
sitzen aber weder einen eigenen paritätischen Ausschuß noch ein
eigenes Wahlbureau. Die Stimmabgabe erfolgt in Gegenwart des
Wahlbureauvorsitzers der Gemeinde, doch wird eine besondere Urne
mit dem Namen des Gutsbezirks benützt. Die Gutsbezirke, deren
Bevölkerung mehr als 500 zählt, bilden vollberechtigte
Wahlbezirke.

Für die Vorbereitungen zur Abstimmung werden folgende Zeit-
punkte festgesetzt:

- Am 10. Januar Errichtung der paritätischen Ar-
beitsausschüsse.
Am 14. Januar Beginn der dreiwöchigen Frist für
die Eintragung in die Stimmlisten.
Am 3. Februar 8 Uhr abends Schluß der Eintragung.
Am 6. Februar Beginn der Auslegung der vor-
läufigen Stimmlisten.
Am 17. Februar 6 Uhr abends läuft die Frist für die Ein-
reichung von Einsprüchen ab.
Am 3. März 8 Uhr abends Ablauf der Frist für die Ent-
scheidungen der Interalliierten Bureaus über die
Einsprüche.

Die Wahltag werden durch die Regierungskommission später
bekanntgegeben.

Die von der Regierungskommission für die Abstimmung ge-
schaffenen Behörden sind in jeder Gemeinde: Der pari-
tätische Ausschuß und in den einzelnen Wahlbezirken die
Wahlbureau, in jedem Kreis das Interalliierte Kreisbureau.
Diese Behörden sind befugt von den zuständigen Dienststellen alle
erforderlichen Auskünfte einzuholen. Der

paritätische Ausschuß

besteht aus vier Mitgliedern, denen außerordentliche Mit-
glieder zur Unterstützung bzw. zur Vertretung beigegeben
werden. Dabei wird beiden Parteien, der polnischen und der deut-
schen, gleiche Vertretung gewährleistet. Der paritätische
Ausschuß bildet für je 2400 Einwohner einen Unter-
ausschuß. Die Mitglieder des Ausschusses werden auf Vor-
schlag der Parteien durch das Interalliierte Kreisbureau aus den
in Oberschlesien wohnenden Abstimmungsberechtigten ausgewählt.
Der paritätische Ausschuß kann eine endgültige Entscheidung nur
dann treffen, wenn mindestens vier Mitglieder anwesend sind. Er
tritt spätestens am vierten Tage (14. Januar 1921) nach dem In-
krafttreten vorliegender Vorschriften zusammen. Dem paritätischen
Ausschuß liegt die Aufstellung der Stimmlisten, die Abgrenzung der
Wahlbezirke, die Organisation und die Ueberwachung der Abstimmung
in der Gemeinde ob. Das

Wahlbureau

besteht aus vier ordentlichen und vier stellvertre-
tenden Mitgliedern, die beiden Parteien zu gleichen
Teilen entnommen werden. Die Parteien schlagen dem pari-
tätischen Ausschuß am 7. Februar ihre Kandidaten vor. Der pari-
tätische Ausschuß trifft seine Wahl und unterbreitet sie innerhalb
acht Tagen dem Interalliierten Bureau zur Bestätigung. Das
Wahlbureau muß zehn Tage vor dem Abstimmungstermin gebildet
sein.

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)



zurückgegangen, daß heute nur 15 Proz. der eingeführten Lebensmittel durch ausgeführte Lebensmittel gedeckt werden. Italiens Lebensmittelausfuhr ist vorwiegend Luxusausfuhr. Der braucht heute Südkrümel, keine Gemüse, Weine, oder vielmehr, wer kann sie heute bezahlen? Auch die industrielle Ausfuhr war zum Teil Ausfuhr von Qualitätsware. Man denke an die italienischen Automobile. Für billige Massenartikel ist ein Land ohne Kohle nicht konkurrenzfähig. Das Problem des Selbsttrages der Handelsbilanz ist vor der Hand mehr durch Verzögerung auf die nicht unbedingt nötige Einfuhr, als durch Erhöhung der Ausfuhr zu lösen. Solange es ungelöst bleibt, bleibt die italienische Valuta entwertet. Heute ist die italienische Lire 23 Schweizer Centimes wert.

Ungelöst übernimmt das neue Jahr auch die Brotfrage vom alten. Wir haben Brot bis Februar, und bis jetzt keinen Kredit im Auslande, um neues zu kaufen. Der vom Ministerium eingebrachte Gesetzentwurf, der den Brotpreis von 1 Lire auf 1,40 erhöhen soll, ist auf Antrag der Sozialisten vertagt worden. Um den heutigen Brotpreis zu erhalten, setzt der Staat jährlich rund 5 Milliarden zu und wird noch mehr zusetzen, je mehr der Dollar steigt.

In der innerpolitischen Lage hat freilich das Jahr eine bemerkenswerte Verschiebung gebracht, aber diese erfolgte nicht im Sinne einer Klärung und Festigung. Zu Ende des Jahres 1919 stand das politische Leben noch unter dem Eindruck der Reuterer von Ronca. Der große Wahlsieg der Sozialisten und andere Anzeichen, unter diesem auch die Haltung der sozialistischen Partei selbst, hatten in dem Bürgertum und im Proletariat die Ueberzeugung aufkommen lassen, daß das Land am Vorabend wichtiger und entscheidender Umwälzungen politischer und sozialer Art stünde. Sowohl in den arbeitenden Klassen als im Bürgertum herrschte damals eine erwartende Stimmung vor, die die Luftstrahl lähmt. Diese Vorkriegsstimmung der herrschenden Klassen ist heute überwunden und hat einer recht energischen Kampfstellung Platz gemacht. Wenn zu Beginn des Jahres 1920 den herrschenden Klassen Italiens die Revolution unvermeidlich schien, so sehen sie sich heute mit allen Mitteln gegen jeden revolutionären Vorstoß, ja, gegen jeden Machtzuwachs des Proletariats zur Wehr. Die Revolution, von der man uns seit zwei Jahren predigt, sie liegt in der Luft, ist heute in kleiner Münze ausgeprägt worden und wird in kleinen Zusammenstößen, in blutigen Reibungen und Gewalttaten herausgibt. Denn die Lehre von der Pflicht der Gewalt, die die Volkswissenschaften im Proletariat verbreitet haben, hat außerhalb der Partei weit gefährlichere Schüler gefunden als unter den Genossen. Und heute haben wir soviel Gewalt als wir nur wünschen können. Die „Faschisten“, die ursprünglich als patriotische Organisation gegründet wurden, haben sich heute zu einem Bunde entwickelt, dessen ausdrückliche offen anerkannte Aufgabe es ist, den Sozialismus mit Gewalt zu bekämpfen, durch Bedrohung und Mißhandlung seiner Vertreter. Und die Herren betreiben die Sache nach allen Regeln der Kunst. Wo früher ein Schimpfwort genügte, muß es heute schon eine Handgranate sein. Daher Vintbergieren an allen Ecken und Enden. Keine sozialistische Demonstration läßt man vorbeiziehen, ohne ihr durch eine „faschistische“ Gegendemonstration zu antworten. Die Polizei kann oder will Vintbergieren nicht verhindern. Und so leben wir im Zeichen der Gewalttat: nicht der großen Gewalt, die die geschichtlichen Geburtsstunden begleitet, sondern des kleinen unwürdigen Kravalls, des Ältes individueller Rohheit, einer Kadapolitik, die unsere Bewegung einschüchtern will und nichts anderes erreicht, als auch die unseren auf diesen Weg des Kleinkriegs zu drängen.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß Italien nicht am Vorabend der Revolution steht, zu der man schon zu lange und mit zu hohen Worten rüft, als daß nicht der Glaube an sie und die Kraft zu ihr erlahmt wären. Wir haben viel mehr bereits die Schwelle einer Periode brutaler Reaktion überschritten, die in dieser Ill-

gemeinheit und Schärfe im dritten Italien noch nicht zutage getreten war. Schon bei den Gemeindevahlen hat das italienische Bürgertum gezeigt, daß es einen geschlossenen Block gegen den Sozialismus bilden kann. Wir hatten bisher die unwahrscheinlichste Bourgeoisie in Europa. In dieser Hinsicht bezeichnet das zu Ende gehende Jahr einen Wendepunkt. Unsere Partei selbst hat durch ihre Taktik alles getan, um die Bourgeoisie aus ihrer lethargie aufzustacheln. Möge sie sich nun auch dem stärkeren Gegner, den sie selbst gewollt hat, gewachsen zeigen!

## Stürzen — und was dann?

Anlässlich einer Polemik mit der rechtsunabhängigen „Freiheit“ über die politischen Aussichten nach einer Regierungskrise schrieb der „Vorwärts“ am Abend des 31. Dezember:

Man kann also die Regierung Fehrenbach stürzen wollen, um eine ganz rechte Regierung an ihre Stelle zu bringen, und das wäre eine ungeheuerliche Friorität. Oder man kann die Regierung Fehrenbach stürzen wollen, um eine weitere linksstehende ganz, vorwiegend aber teilweise sozialistische Regierung an ihre Stelle zu bringen, und das ist unter den gegenwärtigen Umständen ein sehr gewagtes Unternehmen.

Zu dem gleichen Thema äußerte sich der Reichstagspräsident, Genosse Löbe, gleichfalls am 31. Dezember in einer Verammlung in Breslau mit folgenden Worten:

... Solange diese Zustände andauern, ist die Hoffnung auf Wiederaufbau gering. Vielleicht müssen wir noch einmal durch eine Periode, in der Deutschnationale an der Regierung beteiligt sind. Ich würde eine solche Bürgerregierung nicht durchaus als ein Unglück auffassen, denn die Deutschnationalen allein werden die Herrschaft nicht führen können. Sie werden einen Teil der bürgerlichen Parteien an ihrer Seite haben. Aber damit der letzte Spiegel steht, daß die Helflichkeit und Konfession nichts vorwärts bringen können, wäre es erwünscht, daß die Herren einmal die Verantwortung auf ihre Schultern nehmen, wir würden außerpolitisch in eine ganz unbalbare Lage kommen, und ich möchte Herrn Helflichkeit sehen, wie er abgefertigt würde, wenn er im Namen des deutschen Volkes spräche.

Aus der Gegenüberstellung dieser beiden Ausführungen glanz nun die „Freiheit“ einen Widerspruch zwischen der Haltung des „Vorwärts“ und den Anschauungen des Genossen Löbe konstruieren zu können. Sie schreibt: Löbe halte das „nicht durchaus für ein Unglück“, was der „Vorwärts“ „eine ungeheure Friorität“ nenne.

Selbstverständlich wäre der Fall denkbar, daß der „Vorwärts“ und Genosse Löbe verschiedener Meinung wären, so etwas kommt doch auch in anderen Parteien vor. Tatsächlich ist aber eine Meinungsverschiedenheit gar nicht vorhanden. Wir sprechen von einer Politik, die bewußt darauf hinzielt, den Deutschnationalen zur Macht zu verhelfen, und bezeichnen diese als eine ungeheure Friorität. Löbe sprach von der Möglichkeit, daß die Deutschnationalen zur Herrschaft kommen könnten, und bezeichnet diese Möglichkeit „nicht durchaus als ein Unglück“. Etwas absichtlich herbeiführen und sich mit Unvermeidlichem abfinden, ist doch sehr zweierlei. Hätte die „Freiheit“ dies begriffen, so hätte sie eine Gelegenheit verloren, wühfändig gegen die „Rechtssozialisten“ zu polemisieren. Aber dies zu tun ist für sie viel gewinner, als auf unsere Frage zu antworten, wie sich die Unabhängigen nach dem Ende der Fehrenbachregierung zur Frage der Regierungsbildung zu stellen gedenken.

## Die Abstimmung der Eisenbahnbeamten.

Am Laufe des heutigen Tages dürften die Ergebnisse über die Abstimmung der Eisenbahnbeamten, die von der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Arbeiter vorgenommen worden ist, fertiggestellt werden. Zurzeit stehen noch drei Bezirke mit rund 50 000 Stimmen aus, die jedoch an dem Endergebnis kaum etwas ändern werden. Bis gestern Abend waren 148 000 abgegebene Stimmen gezählt worden, von denen rund 124 500 für den Streik gestimmt haben. Die Beteiligung an der Abstimmung schwankte zwischen 70 und 98 Proz. Nur in einem Bezirk, nämlich in Kassel, wurde die Zweidrittelmehrheit für den Streik nicht erreicht. In Sachsen haben 75 Proz. für den Streik gestimmt. An der Abstimmung haben sich dort 60 Proz. der Eisenbahner beteiligt. Kommunistische Versuche, die auf sofortige Arbeitsniederlegung im Eisenbahnbetrieb hinarbeiten, hatten keinen Erfolg.

## Die oberhessische Abstimmung.

(Fortsetzung von der ersten Seite.)

Das Interalliierte Bureau

setzt sich aus drei Beamten zusammen, von denen jede der in der Regierungskommission vertretenen Mächte einen stellt. Unter ihnen befindet sich der Kreisinspektor, dem der Vorsitz zugehört. Die Entscheidungen werden mit Stimmenmehrheit gefaßt. Je ein Vertreter der polnischen und der deutschen Partei nehmen als beratende Mitglieder an den Beratungen des Interalliierten Bureaus teil. Das Interalliierte Bureau konstituiert sich am Tage des Inkrafttretens vorliegender Vorschriften. Es hat vor allem für eine freie, unbeeinflusste und geheime Stimmabgabe zu sorgen. Zu Mitgliedern des Interalliierten Bureaus der paritätischen Ausschüsse und der Wahlbureaus dürfen nicht vorwiegend: aktive Beamte und Mitglieder des Magistrats, Gemeindevorsteher und Gutbesitzer, ebensowenig aktive Geistliche und Kultusbeamte der verschiedenen Konfessionen.

Personen, die nach dem 1. Oktober 1920 ihren Wohnsitz geändert haben, müssen selbst umgehend dafür Sorge tragen, daß sie in der Gemeinde eingetragen werden, in der sie zu diesem Zeitpunkt ihren Wohnsitz haben. Die in Oberhessen geborenen, aber dort nicht wohnenden Personen, sowie die außerhalb Oberhessens geborenen, dort aber seit dem 1. Januar 1904 oder früher wohnenden Personen haben an den paritätischen Ausschüssen der Gemeinde, in welcher sie ihr Stimmrecht ausüben dürfen, ein eigenhändig unterschriebenes, von ihnen persönlich ausgefertigtes Gesuch nach einem bestimmten Muster einzureichen, dem die verordneten Aufwandspapiere gestempelt und becheinigten Lichtbildes beizufügen, von denen eines zur Aufstellung des Personalverzeichnisses verwendet wird, der bei der Einreise in Oberhessen als Nach und soeben als Stimmkarte zu dienen hat. Ihr Gesuch hat weiter die genauen Angaben ihres letzten Wohnsitzes im Abstimmungsgebiet, sowie die Angabe der Zeit, zu welcher sie das Gebiet verlassen, zu enthalten. Es hat alle zum Ausweis ihrer Interessen erforderlichen Angaben, sowie mit Ausnahme von Fällen, wo dies offenbar nicht möglich ist, die Zeichnung zweier oder mehrerer in ihrer Geburtskommune oder in Ermangelung solcher in einer anderen Ortschaft Oberhessens wohnender Personen, deren Identität sie bezeugen können, zu enthalten.

Die außerhalb Oberhessens geborenen, die dort seit dem 1. Januar 1904 oder früher wohnen, haben sich über die Dauer und Befähigung ihres Aufenthalts in Oberhessen auszuweisen. Wenn sie seit dem 1. Juni 1904 nacheinander in verschiedenen Orten des Gebietes gemohnt haben, haben sie jede Erklärung über ihren Wohnsitz von den Gemeinden oder von den Polizeibehörden ihrer aufeinanderfolgenden Wohnorte mit einer Beglaubigung versehen zu lassen. Wer nach dem 1. Juni 1904 geboren ist, hat dem Eintragungsgesuch eine Geburtsurkunde beizufügen. Die außerhalb Oberhessens geborenen, die am 1. Januar 1904 im Abstimmungsgebiet ihren Wohnsitz hatten, diesen aber infolge ihrer Ausweisung aus diesem Gebiete durch die deutschen Behörden nicht beibehalten haben, müssen ihr Eintragungsgesuch an die Regierung in Kassel senden und dabei alle ihre Ausweisungen stielich (!) ausführlich schriftlich mitteilen.

Das Verfahren bei der Wahlabgabe wird später durch Verordnung der Regierung in Hebrereinstimmung mit dem Beschlusse der Reichsministerkonferenz vom 27. Dezember bestimmt.

Diese Verordnung enthält nichts über die getrennte Abstimmung der Reichsoberhessler von den eigentlichen Oberhesslern im Gegensatz zu den Meldungen der „Breslauer Zeitung“, wonach die Reichsoberhessler 14 Tage später abstimmen sollen.

Da die Formalitäten sich bis zum 8. März hinziehen, dürfte die Abstimmung frühestens Mitte März stattfinden.

## Vereinigte Staaten von Mittelamerika.

Die mittelamerikanischen Republiken gehen, wie bereits gemeldet, mit dem Plan um, sich unter dem Namen „Vereinigte Staaten von Mittelamerika“ als Bundesrepublik zusammenzuschließen. Nach Meldungen spanischer Blätter besteht die Absicht, neben dem Geldwesen auch die auswärtige Vertretung zu vereinheitlichen; demgemäß soll auch die neue Bundesrepublik eine einheitliche Flagge führen — kurz und gal, aus dem Gewirte politisch ohnmächtiger Kleinstaat soll ein Staatswesen entstehen, das künftig mit größerem Nachdruck als bisher gegen die äußeren Mächte, vor allem wohl gegen den großen Bruder im Norden, seine Interessen wahrzunehmen imstande ist.

Man hat in Europa die kleinen mittelamerikanischen Republiken niemals ernst genommen, und man hat von diesen Staatswesen stets nur mit dem Wädeln gesprochen, das man in der alten Welt für jene erotischen Operettenrepubliken hat. In der Tat lassen sich diese lateinischen Republiken Mittelamerikas in mancher Beziehung nicht mit den geordneten Staaten Europas von der alten wie der neuen Welt vergleichen; mit ihrer bunt zusammengewürfelten Mischlingsbevölkerung, mit der Diktatur der Regierenden, die die republikanischen Staatsformen in ihrer Weise auslegen, und mit der geringen Entwicklung der kulturellen Verhältnisse stehen sie fast alle tief unter den meisten Schwelmerrepubliken Südamerikas. Dazu trägt auch das Wirtschaftsleben dieser Staaten bei, das schon mit Rücksicht auf das tropische Klima durchaus kolonialen Charakter hat und völlig von ausländischem Kapital befehligt wird.

Seidem im Jahre 1903 der französische Großkapitän Valentin im Auftrag nordamerikanischer Finanzleute mit stillschweigender Billigung der Regierung zu Washington den zu Mittelamerika gehörenden Teil der südamerikanischen Republik Kolumbien zur selbständigen Republik Panama „gemacht“ hat, umfaßt Mittelamerika von Mexiko abgelesen, sieben selbständige Gebietsstellen. Es sind dies (von Süden nach Norden): Panama, Kolumbien, Nicaragua, San Salvador, Honduras, Guatemala und Britisch-Honduras, eine englische Kolonie, die hier natürlich ebenso ausbleibt, wie der völlig unter nordamerikanischem Einfluß stehende Staat Panama. Als Glieder des geplanten neuen Bundes werden genannt Guatemala, Honduras, Nicaragua und Kolumbien; vermutlich dürfte aber auch San Salvador, der Kleinsten der mittelamerikanischen Staaten, in die neue Gemeinschaft einbezogen werden. Kulturell und wirtschaftlich am weitesten entwickelt ist Guatemala. Er hat nicht ganz zwei Millionen Einwohner, von denen aber nur etwa ein Viertel Weiße sind; die anderen sind Indianer, Kreolen, Negern und Negern. Von dieser farbigen Bevölkerung bilden die Indianer das beste Element. An Ausdehnung ist Guatemala etwa ein Viertel so groß wie Deutschland vor seinen Gebietsverlusten; das Klima ist tropisch heiß und feucht, und nur im Gebirge ist es mild und gesund. Der vulkanische Boden in den Talniederungen ist meist sehr fruchtbar. Ackerbau bildet die Hauptbeschäftigung. Kaffee, der bei weitem wichtigste Anbau- und Exportartikel, auch Zuckerrohr, Tabak und Bananen, Reis, Indigo, Kakaos werden ausgeführt. Die Hauptstadt

Guatemala dürfte heute hunderttausend Einwohner haben und besteht seit dem Jahre 1775. Es ist bereits die dritte dieses Namens; die beiden Vorgängerinnen wurden aber wiederholt durch Vulkanausbrüche und Erdbeben zerstört.

Honduras, das südlich von Guatemala und westlich von San Salvador liegt, ist etwa 6000 Quadratkilometer kleiner als Guatemala und weist jenseits von Erdbeben als dieses heimisch. Auch ist das Klima mit Ausnahme der Küstenebenen im allgemeinen gesund. Die Bevölkerungszahl wird auf etwa 600 000 Seelen geschätzt. Weiße reinen Blutes gibt es nur in sehr geringer Zahl; der größte Teil der Bevölkerung besteht aus den sogenannten Mestizen, Mischlingen von Europäern und Indianern. Nur etwa 50 000 Bewohner von Honduras, die Ausländer natürlich ausgenommen, können lesen und schreiben. Auch das Wirtschaftsleben liegt sehr daneben, obwohl Honduras ungemein fruchtbar ist. Seine Geschichte während des jetzt rund 100 Jahre selbständigen Staatswesens ist eine ununterbrochene Kette von Revolutionen, Kriegen, Mord, Entföhrung und Korruption. Erst in neuerer Zeit haben sich die Verhältnisse in dieser Hinsicht etwas gebessert.

Nicaragua ist ein klein wenig größer als Guatemala und hat etwa eine halbe Million Seelen. Das Land ist, wie das übrige Mittelamerika, vulkanisch und erdbebenreich; die Zusammensetzung der Bevölkerung und die geistige Kultur stehen etwa auf dem Niveau von Honduras.

Kolumbien heißt soviel wie reiche Rüste und unterscheidet sich von den beiden vorgenannten Staaten durch seine im wesentlichen unermischte spanische Rasse. Es hat etwa 200 000 Einwohner, die vorwiegend Landbau und Viehzucht, namentlich Kaffeebau, betreiben. Das Klima ist noch heißer als das der nördlicheren Republiken und in den sumptigen Küstenniederungen ungesund, gesund dagegen auf der Höhe des Tafellandes.

San Salvador ist der kleinste, aber volkreichste und kultivierteste der zentralamerikanischen Staaten und hat nicht ganz eine Million Einwohner, von denen auch nur etwa 30 000 Weiße oder Kaffeebauern von Europäern sind. Die anderen sind Indianer und Mischlinge. Auf dem zum Teil ausgebeugten Boden gedeihen alle Tropengewächse; aus Salvador kommt der beste Indigo, der nächst dem Kaffee der wichtigste Exportartikel ist. Aus Bergbau werden Gold, Silber, Kupfer, Eisen und Quecksilber gefördert. Die Hauptstadt San Salvador hat 30 000 Einwohner und ist schon achtmal durch Erdbeben zerstört und wieder aufgebaut worden.

Das 400jährige Jubiläum der schwedischen Selbständigkeit. Für Schweden hatte das diesjährige Weibschickseljahr besondere Bedeutung: waren am 25. Dezember 1920 doch gerade 400 Jahre vergangen, seit Gustav Wasa in Nora das Banner der Empörung gegen die Dänen aufgespielt und König Christian II. aus dem Land gejagt wurde, nachdem dieser unter dem schwedischen Adel das als „Aulob von Stockholm“ bekannte Gemebel angerichtet hatte. In Nora erbebt sich am Ufer des Siljansees zum Gedenken der Bedeutungsvollen Tat, die am ersten Weihnachtstag des Jahres 1520 begangen wurde, ein von Anders Jörn geschaffenes Denkmal, genau an der Stelle, wo Gustav Wasa im bäuerlichen Kleid das Volk mit zündenden Worten ansprach, das dänische Joch abzuschütteln.

Schutz der Kritik. Der Evieler meint natürlich, man müsse das Publikum vor dem Kritiker schützen, und Künstler, deren Kritik nicht nach Wunsch ausfällt, sind leider gelegentlich auch der Meinung, daß aber auch der Kritiker einen Anspruch auf Schutz vor Nachstellung und Behinderung hat, ist neues, verbendes Recht.

In Bremen hatten Mitglieder des Stadttheaters in Flugblättern und Presse-Veröffentlichungen allerlei Angriffe gegen den Kritiker der „Breslauer Zeitung“ losgelassen. Das ist ihnen vom Landgericht bei Androhung einer Geldstrafe von 500 M. für jeden Fall unterlagt worden.

Weit größere Bedeutung hat der Fall des Revueintendanten der „Frankf. Nachrichten“, Dr. Frank. Dieser war wegen der freien Richtung seiner Theaterkritiken vom Verlag entlassen worden. Die Stellung des Reueintendanten im Rahmen des Betriebsratgesetzes war bisher zweifelhaft. Der Reichsverband der Deutschen Presse hatte in dem Berliner Karibetrag die Schaffung von Redaktionsausschüssen vorgezogen, die die Tätigkeit der Betriebsräte für die Redaktionsmitglieder einzunehmen hätten. Eine Stellungnahme des Redaktionspersonals der „Frankfurter Nachrichten“ zu dem Fall Frank war vom Verlag abgelehnt worden, weil ein Redaktionsauschluß in Wirklichkeit noch nicht besteht. Aus dem gleichen Grunde wurde auch der Schlichtungsausschluß abgelehnt. Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses erklärte: Auch für die Redakteure komme das Betriebsratgesetz in Betracht; denn es läßt sich ausdrücklich vor Entlassungen wegen politischer Gesinnung. Wollte man die Reueintendanten vom Betriebsratgesetz ausschließen, dann gingen sie bei gerade für sie so notwendigen Schutzes verlustig. Da jedoch Dr. Frank den Betriebsrat innerhalb der vorgezeichneten Frist nicht angerufen hatte, konnte der Schlichtungsausschluß nicht mehr in Wirksamkeit treten. Dr. Frank wird seine Rechte jetzt vor den ordentlichen Gerichten durchsetzen.

Theater. Eine Sondervorstellung zu kleinen Preisen findet am Freitag der Festschloß des Deutschen Opernhauses am Donnerstag, 8. Jan., nachm. 7½ Uhr, statt. Aufgeführt wird „Avalala“.

Die Vertrohen-Feyer der Humboldt-Hochschule wird Sonntag, 8. Januar, 7½ Uhr, in der Aula Kofstr. 68 stattfinden. Die Gedächtnisrede hält Gustav Ernst.

Das deutsche archäologische Institut in Athen ist von Franz Studniczka eröffnet worden. Ob allerdings eine deutsche Ausgrabungstätigkeit in Griechenland wieder möglich sein wird, steht noch dahin.

Sechste Abende zur „Einführung in die Kunst“ mit Dr. Wald Sehne unter Mitwirkung des Malers Hans Richter im Rahmen der hiesigen Veranstaltungen für künstlerische Volksbildung vom 8. Jan. bis 12. Febr. — Sonnabend abend von 8—9½ Uhr — im Vortragssaal, Wälderstraße Str. 164/167, abhalten. Die Abende sollen Gelegenheit zu aktiver Mitarbeit bieten. Honorar 2 M. Annahmungen und Karten Kathaus, Zimmer 110.



# Entente-Konferenz Ende Januar.

London, 5. Januar. (Reichung des Holländisch-Nieuwsbureaus.) Western abend wurde bekanntgegeben, daß die Konferenz der alliierten Premierminister Ende des Monats in Paris zusammenzutreten wird. Man will vorher den Bericht Marshall Foch über die deutsche Entwaffnung studieren und einen Entschluß über die Haltung der Alliierten fassen.

## Hendersons Berliner Reise aufgeschoben.

London, 5. Januar. (W.T.B.) Die „Daily News“ meldet, hat Henderson seine Reise nach Berlin und Wien, die von der zweiten Internationalen veranstalteten Untersuchung über den Wiederaufbau dienen sollte, wegen der Arbeitslosenkrise aufgeschoben.

In der Stahl- und Eisenblechindustrie sind neue Entlassungen erfolgt. Die unbeschäftigten Arbeiter in diesen Gewerbezweigen in Südwales werden auf 20 000—30 000 Mann geschätzt.

# Groß-Berlin

## Ein toter Untergrundbahnbau.

Zu der für das wirtschaftliche und Verkehrsleben Berlins wichtigen Frage, ob die A.G.B.-Schnellbahn unausgeführt bleiben soll, liefert in der Januarnummer der Zeitschrift „Verkehrstechnik“ der Direktor der A.G.B.-Schnellbahn-Aktiengesellschaft, Baurat Ranke, einen bemerkenswerten Beitrag. In dem Aufsatz wird die volkswirtschaftliche Bedeutung dieses zum Stillstand gekommenen Unternehmens gegenüber dessen eigenwirtschaftlichen Aussichten einer näheren Betrachtung unterzogen. Die Bedeutung der A.G.B.-Schnellbahn als Verkehrsader von Kreuzfeld über den Oramienplatz und den Alexanderplatz nach den nördlichen Stadtteilen Berlins war noch erhöht durch die bereits beschlossenen Reinickendorfer und Neuköllner Anschlußstrecken. Raum weniger als die Berliner Stadtbahn würde sie quer zu deren Richtung als weit ausholende Nord-Süd-Verbindung Schnellverkehrswege durch die dichtest besiedelten und gewerbreichsten Gebiete Berlins und zugleich Siedlungswege schaffen, wie sie für die großstädtischen Bedürfnisse erforderlich werden.

Eingehend schildert Baurat Ranke die Aufgabe der A.G.B.-Schnellbahn, die darin besteht, das ganze als Arbeitsstätte und als Wohnstätte in Frage kommende Gebiet Groß-Berlins außer den unmittelbaren Anwohnern noch durch vielseitige Anschlußmöglichkeiten mit unseren wichtigsten Stadt-, Ring- und Vorortbahnlinien und den bestehenden Hochbahnlinien zu erschließen. Für die höchste betriebliche Leistungsfähigkeit der Bahn mit geräumigen Wagen, großen Zügen bis zu 14 Minuten Zugabstand, breiten Bahnsteigen und sonstigen Vervollständigungen wurde Sorge getroffen. Während des Krieges wurden noch wesentliche Verbesserungen des Bahnnetzes vorgenommen, so für den Anschluß der Reinickendorfer-Diepenhauder Eisenbahn, den unmittelbaren Anschluß der Hallesche Gesundbrunnen an alle Bahnsteige des dortigen Staatsbahnhofes und durch die Ausgestaltung der Hallesche Hermannplatz als Gemeinschaftsbahnhof mit der städtischen Nord-Süd-Bahn für die vollkommenste Bedienung Neuköllns. Mit Opfern und größter Anstrengung wurde in dieser Zeit an dem Bau gearbeitet, und als Notstandsarbeit war dieser auch nach dem Kriege weiter betrieben worden. Während aber um die Jahreswende 1918/19 noch die Aussicht bestand, das Unternehmen mit Erfolg durchführen zu können und durch seine Hilfe über die Schwierigkeiten der Zeit hinwegzukommen, hat die vollständige Umkehr der Verhältnisse es dann unmöglich gemacht, das Werk aus eigener Kraft fortsetzen zu können, zu finanzieren und zu betreiben.

Baurat Ranke sucht an Beispielen nachzuweisen, daß die Bahn sich mit selbständigen Tarifen nicht erhalten kann. Weiter ist daher die Frage aufgeworfen, ob das Unternehmen solche Bedeutung hat, daß es aus Gründen des öffentlichen Wohls auf eine breitere Grundlage gestellt werden soll, und wenn das mit öffentlichen Mitteln heute nicht möglich ist, ob doch mit diesen ein Zustand geschaffen und erhalten werden kann, der eine spätere Fertigstellung nicht ausschließt. Oder ob die verworrenen Zusammenhänge, Hausunterfangungen, vorbereitenden Leitungsumlegungen, die sich durch die Arbeiten vor dem Kriege und während desselben mit 40 Millionen Mark immerhin billig stellten, ob die genauen verworrenen Entwürfe und Probeausführungen nutzlos dem Nichts verfallen sollen. Damit wäre allerdings auch die Frage verbunden, ob es sich hier um ein gemeinnütziges Werk für eine umfangreiche Beschäftigung von Arbeitslosen handelt.

## Ein Fest der Erinnerung.

### Dänisches Liebeswerk für deutsche Arbeiterkinder.

Die dänischen Gewerkschaften, die in hochherziger Weise ihre Kinderhülfe für Deutschland geschaffen und zehntausende deutscher Arbeiterkinder einen Erholungsaufenthalt in Dänemark ermöglicht haben, veranstalteten heute in Berlin eine Weihnachtsfeier für die im Jahre 1920 in Dänemark gewesenen Kinder aus Berlin und Potsdam.

In dem großen Saal der Neuen Welt begrüßte der Vizepräsident zweier Weihnachtsbäume die Schar der 1500 Kinder, denen am Vormittag ihre Weihnachtsspende überreicht und eine Bewirtung mit Schokolade geboten wurde. Der Berliner Stadtvorordnete Genosse Schult, der zusammen mit der Genossin Todenhagen sich um das Zustandekommen dieser Feier bemüht hat, eröffnete sie mit einer Bewillkommung der Gäste. Unter ihnen waren mehrere dänische Genossen, der für die Kinderhülfe unermüßlich tätige Reichstagsabgeordnete Nielsen, der frühere Komiteevorsitzende Swendsen, der Oberstadtdirektor unseres Kopenhagener Parteiorgans Jürgensen. Auch die dänische Gesandtschaft hatte einen Vertreter geschickt. Für den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands war Wels, für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund Ernst Schulze anwesend.

Weihnachtslieder, vom Sørby-Vokalquartett vorgelesen, leiteten stimmungsvoll die Feier ein. Die Reichstagsabgeordnete Genossin Juchacz wies in einer warmherzigen Ansprache darauf hin, daß allgemeine Menschenliebe die Quelle der Hilfsbereitschaft unserer dänischen Genossen war. Diese Feier solle in den Kindern die Erinnerung an die liebevolle Aufnahme erneuern, die sie in Dänemark gefunden haben. Die Rednerin gedachte mit Dankworten des Mannes, der dort an der Spitze des Liebeswerkes steht, den Genossen Nielsen, den sie den Kinderater nennen. Sie schloß mit einem herzlichen Gruß nach Dänemark hinüber.

Am letzten Teil der Feier ergriff auch Genosse Nielsen das Wort. Er wünschte den Kindern ein „Frosts Neujahr!“ Auch in Dänemark brenne um die Weihnachtszeit der Weihnachtsbaum, der den Abschluß der dunklen Jahreszeit und den Beginn der hellen symbolisiert. So solle auch diese Feier ein Gedächtnis sein, der das Symbol einer Feier dem Licht entgegen bedeutet. Beim Klang der brennenden Weihnachtsbäume wünsche er den deutschen Kin-

## Bern und dem deutschen Volke eine bessere Zukunft.

Die Veranstaltung war ein schönes Fest für die Kinder, sie war aber auch für die daran teilnehmenden Erwachsenen eine erhebende Kundgebung der Solidarität, die mit einigem Wonne die Arbeiter aller Länder umschlingt. (Für weitere 1500 Kinder findet die Feier am heutigen Nachmittag statt. An ihr wollen auch Vertreter des Magistrats Berlin teilnehmen.)

## Zucker auf Reisen.

Der „überschüssige Zucker“ des Magistrats, über dessen Verbleib wir kürzlich berichteten, beschäftigt noch weiter die Kriminalpolizei. Kriminalkommissar Dr. Götsch und Bachmeister Fehling ermittelten, daß die 60 Zentner Zucker, die von Beamten des Polizeiamts Dichtenberg bei einer Schiebung entwendet wurden und zur Hälfte bereits beschlagnahmt werden konnten, aus einer Sendung stammen, die von der Pommerischen Provinzial-Zuckerfabrik nach Berlin zur Verteilung abgepackt worden war. Der Waggon, der diesen Zucker enthielt, ist verschwunden, wahrscheinlich irgendwo mit seinem Inhalt gestohlen worden. Die 80 Zentner, die bei einem Schlächtermeister in Dichtenberg kurze Zeit untergestellt waren, sind durch Vermittlung eines gewissen Varnagel an eine Firma M. u. Sch. in der Choriner Straße gelangt und von dort in Pflaster verpackt nach einer Zweigstelle dieses Geschäfts in Rathenow geschickt worden. Eisenbahnüberwachungsbeamte sind dorthin unterwegs, um auch diesen Posten zu beschlagnahmen. Mehrere an der Schiebung beteiligte Personen sind verhaftet worden. Den Dieben ist man ebenfalls schon auf der Spur.

## Hotellriegel und W.T.B.

Der Hotellriegel ist zu Ende, aber das Wolffsche Telegraphenbureau, die sogenannte offizielle Nachrichtenstelle der Regierung, deren Exantantamt berechtigtweise gegen die Hotellsorgerei, kann sich nicht beruhigen. Folgendermaßen läßt es sich jetzt vernehmen:

Berlin, 4. Januar. Berlins Fremdenverkehr im Dezember läßt in seiner Ziffer die schmerzlichen Wirkungen der behördlichen Maßnahmen gegen unsere Hotells noch nicht erkennen. Unsere Fremdenverkehrsziffer ist nämlich immer noch mangelhaft und steht hinter derjenigen der Schweiz, aber auch München oder Hamburg zurück. Sie verzeichnet nur die Ankunft der Fremden, nicht aber die Aufenthaltsdauer. Eingetroffen sind im Dezember 122 000 Fremde, fast 11 000 mehr als im November. Das hängt naturgemäß mit der Zeit der Weihnachtseinkäufe zusammen. Dieser sind aber sehr viele Fremde bei Schließung der Hoteltüren abgereist. W.T.B.

Was sagt die Regierung zu diesem ihrem Nachrichtenbureau, das sich ohne weiteres eine Kritik an den behördlichen Maßnahmen gestattet?

## Für eine Viertel Million Briefmarken gestohlen.

Die hohen Preise für Sammelmarken haben es den Einbrechern angetan. Geldschrankdieblicher suchten die Briefmarkenhandlung von Lorenz in der Augustiner Str. 48 schwer heim. Sie machten nach Art der gewerbmäßigen Verbrecher den Geldschrank auf und stahlen daraus 5000 M. bares Geld und für eine Viertelmillion Briefmarken: eine Generalammlung mit 8000 verschiedenen Marken in zwei Schwaneberger Alben, Ausgabe 1920, im Werte von 60 000 M., vier Kriegsmarkensammlungen in roten Ledwitt-Alben im Werte von 73 000, 35 000, 21 000 und 18 000 M. sowie „Engrosware“, hunderte Sätze und Einzelmarken der deutschen Abstammungsgebiete usw. im Werte von mindestens 50 000 M. Die ganze Beute schafften die Einbrecher in einem belgischen Holzplattenloster fort. Vor Anlauf der Briefmarken wird gewarnt. Auf ihre Wiederbeschaffung ist eine Belohnung von 10 Proz. des Wertes, auf die Ergreifung der Einbrecher eine besondere Belohnung von 3000 M. ausgesetzt.

## Keine rationierten Lebensmittel als Pachtzins.

Lebensmittel suchen sich Verpächter von landwirtschaftlichem Grundbesitz jetzt häufig dadurch zu verschaffen, daß sie den Pächtern die Pflucht auferlegen, statt Geld zum Teil Naturalleistungen zu entrichten, auch in rationierten Erzeugnissen, wie Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Butter. So verlangt eine Pächterin von ihrem Pächter u. a. 2 Tonnen Weizen, 1 Tonne Hafer, 50 Pfund Butter jährlich. Der Preussische Staatskommissar für Volksernährung macht darauf aufmerksam, daß die Derivate rationierter landwirtschaftlicher Erzeugnisse von Seiten der Pächter an die Verpächter unzulässig und strafbar ist. Gegenüber dem Anspruch auf Erfüllung ihrer öffentlichen rechtlichen Ablieferungs-pflicht können sich die Verpächter auf eine Bestimmung, die etwas im Pachtvertrag oder durch einen Spruch des Pachteingangsamtes festgesetzte Naturalleistung von rationierten Lebensmitteln, nicht berufen. Diese Mitteilung ist jetzt auch den Sachverständigenämtern zur Kenntnis gebracht worden.

Geimattrene Oberkloster, die sich noch nicht gemeldet haben, werden gebeten, sich unverzüglich bei der Bezirksgruppe Berlin, Schönberger Str. 8, zu melden, da die Abstimmungslisten in den nächsten Tagen abgeschlossen werden.

Schüsse hinter Gittern. Bei einem Fluchtversuch wurde in der vergangenen Nacht ein 21 Jahre alter Franz Böttcher in der Hardenbergstraße erschossen. Böttcher verlor dort mit zwei Helfershelfern einen Einbruch und alle drei wurden auf richter Art überführt und festgenommen. Auf dem Wege zur Wache ergriff Böttcher, obwohl die Verhafteten gewarnt worden waren, plötzlich die Flucht. Auf wiederholten Anruf blieb er nicht stehen. Ein Wachtmeister schoß hinter den Flüchtlings her und traf ihn so schwer, daß er tot zusammenbrach. Die Leiche wurde beschlagnahmt.

Das neue Säuglings- und Mütterheim der Stadt Neukölln im sogenannten „Medizinischen Viertel“ am Pariser-dorfer Weg ist jetzt im Rohbau fertiggestellt. Die Ausführung erfolgte nach Plänen und Entwürfen der städtischen Hochbauverwaltung Neukölln. Die in ihrem Hauptteil im Dreigeschoßbau ausschließlich Untergeschoß erbaute Anzahl, die Weiten für 137 Säuglinge, eine große Anzahl von Müttern und 8 Säuglingspflegerinnen sowie alle erforderlichen Räumlichkeiten zur Unterbringung des Personals vorlieht, wird nicht nur den Wünschen der Stadtgemeinde dienen, sondern auch die Einrichtungen der gegenüberliegenden Provinzial-Hebammenlehranstalt in der Weise ergänzen, daß die Schülerinnen der Hebammenlehranstalt hier in der Säuglingspflege unterwiesen werden. Um den Säuglingen, die bis zu einem Jahre Aufnahme finden, nach Möglichkeit die natürliche Nahrung zu sichern, ist die Einrichtung getroffen, daß rund 40 Mütter mit ihren Säuglingen zusammen in der Anzahl untergebracht werden können.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 5. Januar.

7. Ubr. 6 Uhr bei Fogler, Mittelwälder Str. 15: Sitzung der Bezirksleiter, Vertretungsleiter und Ortsvereine zum Zweck der Parteioffiziellen. Keiner darf fehlen: Helfer mitbringen.

Morgen, 6. Januar.

12. Ubr. Unsere Mitglieder treffen sich zur Teilnahme an der Verhandlung des Genossen Fuß Donnerstag, mittags 12 Uhr, Eisenstr. Betriebsbahnhof.

# Gewerkschaftsbewegung

## Wandlungen im Werkmeisterverband.

Im Afa-Bund hat sich seit einigen Monaten eine Opposition gebildet, die gegen seine freigeberliche Betätigung ankämpft und vom Hauptvorstand des Deutschen Werkmeister-Verbandes gebildet wird. Die Mitgliedschaften des A.M.R. hatten ihre Leitung nach Ausbruch der Revolution dazu gedrängt, in den Afa-Bund einzutreten. Doch schon gelegentlich der Abwehr des Kapp-Putsch zeigte diese starke Neigung, bei passender Gelegenheit wieder in das Lager der bürgerlichen Ange-stelltenbewegung überzugehen.

Mit dem Einsetzen der Wahlen zum Reichstag hat sich die Lage zwischen dem Werkmeister-Verband und der Afa-Leitung verschärft. Der Vorsitzende des Werkmeister-Verbandes Landbiere hat die Deutschdemokratische Partei und versucht seitdem eine Reform des Afa-Programms herbeizuführen. Die Richtungskämpfe traten Anfang November auf einer großen Vorstandskonferenz besonders deutlich in die Erscheinung. Inzwischen hat der Werkmeister-Verband eine eigene Vorlage für das künftige Afa-Programm herausgebracht, von deren untergeordneter Annahme er seine weitere Zugehörigkeit zum Afa-Bund abhängig machen will. Vor allem aber sieht der Düsselbacher Werkmeisterverband in dem Vorkommen des Afa-Bundes zum Internationalen Gewerkschaftsbund, Sitz Amsterdam, eine Verletzung der parteipolitischen Neutralität. Die übrigen Afa-Verbände stehen indes auf dem Standpunkt, daß jede freie Gewerkschaft mit der Zugehörigkeit zum Internationalen Gewerkschaftsbund nicht unvereinbar ist.

Falls der Werkmeister-Verband angesichts dieser Situation seinen Austritt aus dem Afa-Bund vollziehen sollte, so ist damit zu rechnen, daß ein großer Teil seiner Mitgliedschaften und Bezirksvereine dieser Parole nicht folgen, sondern die Einberufung eines Verbandstages verlangen würde. Seitens der Bezirksvereine liegen beim Afa-Vorstand Anträge vor, ihnen für den Fall eines formalen Austrittsbeschlusses durch den Düsselbacher Vorstand das weitere Verbleiben in den Afa-Ortsstellen bis zum Verbandstag zu ermöglichen.

## Der Metallarbeiterstreik in den Landbetrieben Hamburgs.

Die Metallarbeiter der Landbetriebe Groß-Hamburgs befinden sich, wie bereits mitgeteilt, seit dem 2. Januar ds. J. im Streik. In Frage kommen 7—8000 Beschäftigte, deren Zahl sich täglich erhöht. Die Schuld der Arbeiterschaft wurde durch die monatelange Verschleppungstaktik der Unternehmer auf eine harte Probe gestellt. Von vornherein lehnten die Unternehmer jede Lohnerhöhung mit der Begründung ab, daß sich die Arbeiterschaft durch Erhöhung ihrer produktiven Leistung ihre Verdienste steigern könnte. Erwähnt sei noch, daß in den Landbetrieben 97 Prozent der Belegschaft Arbeiter sind.

Nachdem die Verhandlungen sich zerschlagen hatten, wurde das Schiedsgericht angerufen, das folgenden Spruch fällte: Jugendliche bis zum vollendeten 18. Lebensjahre 20 Pfg. pro Stunde Zuschlag, Jugendliche von 18—20 Jahren 40 Pfg. pro Stunde Zuschlag, Ältere 60 Pfg. pro Stunde Zuschlag. Diese Sätze verstehen sich unterschiedslos des Geschlechts.

Der Verband der Eisenindustrie (Landbetriebe) lehnte den Schiedsspruch ab. Die Arbeitnehmer, die ihn annahmten, wandten sich an den zuständigen Demobilisationskommissar in Hamburg, um den Spruch verbindlich erklären zu lassen. Schließlich erklärte der Dem.-Kom., daß er sich nicht für zuständig halte, da ein erheblicher Teil der Betriebe auf preussischem Gebiet liege und in diesem Falle habe er die Sache an den Reichsarbeitsminister verwiesen.

Die Belegschaften erblickten in diesem mehr als eigenartigen Gebahren des Dem.-Komm. eine Verschleppungstaktik. Der Dem.-Komm., nachdem er mit den Parteien verhandelt hatte, versprach, ihnen Antwort zu kommen zu lassen. Auf diese Antwort haben die Verbände bis zum 20. Dezember abends 6 Uhr gewartet. Um diese Zeit nun setzte sich der zweite Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes mit dem Dem.-Komm. telefonisch in Verbindung und ersuchte ihn dringend, dem Metallarbeiter-Verband bis zum 30. Dezember abends schriftlich durch Boten Nachricht zu kommen zu lassen. Der Dem.-Komm. sagte zu, der Boten mit der Antwort jedoch blieb aus.

Am selben Abend fanden zwei stark besuchte Versammlungen der in Frage kommenden Belegschaften statt, um zu den Dingen Stellung zu nehmen. In der Abstimmung entschied sich die Arbeiterschaft mit neun Zehntel Majorität für den Streik.

## Annahme des Schiedsspruchs in der Metallindustrie.

In einer Versammlung der Betriebsräte und Funktionäre der Afa-Verbände berichtete Platan über den gegenwärtigen Stand der Dinge in der Metallindustrie. Der Verband Berliner Metall-industrieller hat auch seinerseits den im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch angenommen. Damit treten ab 1. Januar 1921 die dort festgelegten Erhöhungen der Grundlöhne und Familienzulagen in Kraft. Weiter wurde die Frage der Kündigung des Rahmentarifs behandelt. Zahlreiche Disziplinarredner befragten diese. Sie sahen in dem augenblicklichen Bögen der Gewerkschaften, den Tarif zu kündigen, die alte Taktik, die man bekämpfen wolle. In seinem Schlusswort nahm Platan auch hierauf Bezug und hob vor allem hervor, daß der Wunsch derjenigen, die jetzt den Rahmentarif kündigen wollten, eigentlich auf die alte gewerkschaftliche Taktik hinauslaufe. Nach der Kündigung müßte verhandelt werden. Würden die Verhandlungen nicht zum Ziele, wird wieder eine Schlichtungsinstanz angerufen, vor dieser dann wieder verhandelt usw. Nicht darin liege die Kraft der Arbeitnehmer, wenn man eine Verdrückung aller in Betracht kommenden Umstände irgend einen Tarifvertrag vom sogenannten grundsätzlichen Standpunkt aus fände, sondern dadurch zeige man sich, daß man sich sammle für die endgültige Abschaffung, welche in ganz anderer Weise ausgedacht sei als ein kleiner Tarifkampf. Gerade weil man fühle, daß diese endgültige Abrechnung kommen werde, müsse man trotz aller Anerkennung, daß der Tarifvertrag zum größten Teil ungünstig für die Angestellten enthalte, schließlich doch dazu kommen, ihn vorläufig nicht zu kündigen, um die Energien aufzuspeichern für den Kampf um größere Ziele. Inzwischen sei die Organisation zu festigen und zu erweitern.

Ein Antrag, der die Kündigung des Rahmentarifs verlangt, wurde sodann gegen eine allerdings erhebliche Minderheit abgelehnt. Über eine neue Kündigung der Lohnsätze, welche innerhalb des laufenden Tarifvertrags möglich ist, soll in neu einberufenen Versammlungen beschlossen werden.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Mitglieder-Versammlungen am 7. Januar: Restaurant im Restaurant Alexanderplatz, Alexanderstr. 7, 7 1/2 Uhr. — Neukölln, Bürgerstr. 147, 7 1/2 Uhr. — Oberkloster, im Restaurant Hubertus, Ebnstr. 6, 7 1/2 Uhr. — Potsdam, im Restaurant zum Mühlentor, Neuhofstr. 7, 7 1/2 Uhr. — Schöneberg, im Restaurant Oberhof, Ebnstr. 6, abends 7 1/2 Uhr. — Ebnstr., im Restaurant Grünter Garten, Grünauer Str. 14, 7 1/2 Uhr.

Betriebsräte und Dienste der Preussischen Eisenindustrie. Sonnabend, den 5. Januar, 7 1/2 Uhr im „Alten Kellner“, Anhalter 11: Parteiverammlung. Größtens mitbringen.

Reichsarbeitsminister. Morgen nachmittag 4 Uhr Versammlung aller in den Reichsarbeitsministerien Angestellten, Arbeiter und Arbeiterinnen in den „Bismarck-Saal“, Spandau, Schildstr. 52.



